

Die Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

- 1. Konrad Adenauer Bundeskanzler 1949 – 1963**
- 2. Ludwig Erhard Bundeskanzler 1963 – 1966**
- 3. Kurt Georg Kiesinger Bundeskanzler 1966 – 1969**
- 4. Willy Brandt Bundeskanzler 1969 – 1974**
- 5. Helmut Schmidt Bundeskanzler 1974 – 1981**
- 6. Helmut Kohl Bundeskanzler 1981 – 1998**
- 7. Gerhard Schröder Bundeskanzler 1998 – 2005**
- 8. Angela Merkel Bundeskanzlerin 2005 – 2021**
- 9. Olaf Scholz Bundeskanzler seit 2021**

Als Vortragsreihe bei der VHS Karlsruhe begonnen 2023,
abgeschlossen und in die Geschichtswerkstatt eingestellt 2024

Konrad Adenauer (1876 - 1967)

Oberbürgermeister von Köln 1917 – 1933 Bundeskanzler 1949 - 1963

Lebenslauf

- 1876 in Köln in eine kleinbürgerlich-katholische Familie geboren
1894 – 1901 Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg, München und Bonn
- 1906 Eintritt in die Zentrumspartei. Beigeordneter bei der Stadt Köln
1917 Oberbürgermeister der Stadt Köln
- 1920 Adenauer für ein von Preußen unabhängiges Rheinland
1921 Präsident des Preußischen Staatsrats
Gegenspieler des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun
- 1933 Adenauer wehrt sich gegen die Machtergreifung und wird abgesetzt
Aufenthalt und Schutz im Kloster Maria Laach
1935 April Wohnsitz Rhöndorf
1944 Nach dem 20. Juli zeitweilige Verhaftung
- 1945 Von der Besatzungsmacht als Oberbürgermeister von Köln wiedereingesetzt
Gründungs- und Vorstandsmitglied der CDU im Rheinland
- 1946 Erster Vorsitzender der neugegründeten CDU in der britischen Besatzungszone
Fraktionsvorsitzender der CDU im neugewählten ersten Landtag von NRW
- 1948 Präsident des Parlamentarischen Rates in Bonn (mit 72 Jahren)
- 1949 Wahl zum Ersten Deutschen Bundestag: Direktmandat bis 1966.
Wahl zum Ersten Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP
Theodor Heuss (FDP) wird erster Bundespräsident
Westorientierung, Soziale Marktwirtschaft, Europa, Wiederbewaffnung und NATO-Beitritt
Bis 1955 ist Adenauer auch Außenminister, danach Heinrich von Brentano
Erfolgreiche Wahlen 1953, 1957 (absolute Mehrheit), 1961
- 1963 Von der CDU erzwungener Rücktritt. Nachfolger Ludwig Erhard
1967 19. April mit 91 Jahren in Rhöndorf gestorben

Politische Karriere I

Das Zentrum war die politische Partei des Katholizismus, der sich im Rheinland immer von Preußen unterdrückt fühlte. Adenauer trat ins Zentrum ein und wurde mit 30 Beigeordneten in Köln. Aufstieg zum 1. Beigeordneten und im Weltkrieg für die Ernährung der Bevölkerung zuständig. Von ihm erfundenes Kölner Brot mit Reis, Maismehl, Topinambur und Kölner Wurst (mit Sojamehl). 1917 wurde Adenauer mit 41 Kölner Oberbürgermeister (vom Stadtrat gewählt).

Politische Karriere II

Nach dem verlorenen Krieg trat Adenauer für ein von Preußen losgelöstes selbstständiges Rheinland ein. Nach der republikanischen Verfassung von Preußen wurde er Präsident des Preußischen Staatsrats, der politischen Vertretung der Provinzen, und damit zum Dauergegner des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun. 1933 wurde er als Oberbürgermeister entlassen.

Politische Karriere III

1945 wurde er als unbelastet von der britischen Besatzungsmacht wieder als Kölner Oberbürgermeister eingesetzt und wurde einer der Gründerväter der neuen CDU im Rheinland, Vorsitzender der CDU in der britischen Besatzungszone und erster Fraktionsvorsitzender der CDU im neugewählten Landtag des neuen Landes Nordrhein-Westfalen. Von da aus begleitete er alle Schritte zur Bizone, zur Trizone, zur Wirtschaftsunion und zur Währungsreform und schließlich zum Parlamentarischen Rat und zum Grundgesetz. Er übernahm die Führung der CDU, war ihr Kanzlerkandidat für die Wahl zum Ersten Bundestag und wurde am 15. September 1949 zum Bundeskanzler einer kleinen Koalition (CDU/CSU, FDP, DP, ohne SPD) gewählt. Er gewann noch drei Wahlen (1953, 1957, 1961) und wurde 1963 von der eigenen Partei zum Rücktritt gezwungen.

Konrad Adenauer und die CDU

Die CDU war eine echte Parteineugründung nach 1945, ein Zusammenschluss überkonfessionell-christlicher, nicht nationalistischer und nicht kapitalistischer Kräfte, in Berlin als Union gegründet, danach mit einzelnen Verbänden in den verschiedenen Besatzungszonen, seit 1947 ein provisorischer Zusammenschluss (ohne Bayern), 1950 erster Parteitag. Aus dem Ahlener Programm für die britische Besatzungszone: *Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.* Im katholischen Rheinland spielte die alte Zentrumstradition beim Neuanfang eine große Rolle. Adenauer war von Anfang an dabei, er war keiner der theoretischen Vordenker, er kämpfte gegen die Verwendung des Begriffs Sozialismus, beim Aufbau der CDU im Rheinland spielte er eine große Rolle, er wurde 1946 der erste Vorsitzende und der erste Fraktionsvorsitzende in Nordrhein-Westfalen. Im Parlamentarischen Rat, der 1948 von den Landtagen zur Ausarbeitung des Grundgesetzes gewählt wurde, waren SPD und CDU gleich stark. Adenauer wurde Präsident des Parlamentarischen Rats, Carlo Schmid von der SPD Vorsitzender des Hauptausschusses. Adenauer wurde damit laut Carlo Schmid *erster Mann des zu schaffenden Staates, noch ehe es ihn gab.* Bundesvorsitzender der CDU wurde er erst 1950. Bei der Wahl am 14. August 1949 erhielt die CDU/CSU 31%, die SPD 29%. Adenauer war nicht der unangefochtene Spitzenkandidat, doch er setzte sich als Fraktionsvorsitzender durch und legte die Fraktion auf eine kleine bürgerliche Koalition ohne die SPD fest. Theodor Heuss wurde am 12. September zum Bundespräsidenten gewählt und ernannte Adenauer nach einer denkbar knappen Wahl am 16. September zum ersten Bundeskanzler.

Der Aufbau des Regierungsapparates

Adenauer hatte eine klare Vorstellung von der Regierungspraxis und wollte einen starken Regierungsapparat, keinen Bruch mit der Tradition. Der katholische Jurist Hans Globke, seit 1929 im preußischen Innenministerium, 1934 Referent im Innenministerium, Verfasser eines Kommentars zu den Nürnberger Gesetzen, aber auch mit Kontakten zu staatskritischen Kirchenleuten, wurde Ministerialdirigent und seit 1953 Staatssekretär im Kanzleramt und baute das Kanzleramt gezielt zu einer straffen Führungsbürokratie aus. Referenten für alle Ministerien und Fachgebiete lenkten und kontrollierten die Aktivitäten der Ministerien. Die von Globke herangezogenen Mitarbeiter waren Fachleute und hatten Erfahrung, waren aber vorher in höheren Funktionen im NS-Staat tätig gewesen. Auch Walter Hallstein, seit 1950 Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten und für den beginnenden Europa-Prozess zuständig, war katholischer Jurist und Professor in Rostock und seit 1941 in Frankfurt gewesen. Die großzügige Auslegung von unbelastet und Mitläufertum spielte also beim Aufbau der neuen Regierungsverantwortung eine wichtige Rolle. So war Hans-Christoph Seeborn, Verkehrsminister von 1949 bis 1966 wegen der Arierisierung jüdischer Vermögen schwer belastet, aber als Sprecher der kleinen Koalitionspartnerin DP und später der Sudetendeutschen Landsmannschaft ein für die Repräsentanz nach rechts wichtiges Regierungsmitglied.

Die politischen Ziele

Adenauer wollte möglichst schnell politische Normalität, heraus aus der Sünderecke, Gleichberechtigung. Die Weltlage im beginnenden Kalten Krieg erleichterte dies. Adenauer war für die bedingungslose Westorientierung. Dazu gehörte die NATO, der Beitritt der Bundesrepublik und die in der Bevölkerung sehr umstrittene Wiederbewaffnung, aber auch die Ablehnung jeder Form von Kontakt zur parallel entstehenden „sogenannten“ DDR oder von Gesprächsbereitschaft nach Osteuropa, das Beharren auf den Grenzen von 1933. Ein anderes Projekt war die Annäherung an Israel, die Wiedergutmachung. Auch das mit der Montanunion beginnende Projekt eines Vereinigten Europa und die deutsch-französische Versöhnung waren ihm wichtig. Adenauer und De Gaulle waren ein Symbolpaar. Innenpolitisch stand Ludwig Erhard für die soziale Marktwirtschaft, für die Erholung nach dem Krieg, für steigenden Wohlstand, für die neue Reiselust.

Die politischen Mittel

Adenauer war listen- und finnenreich, polemisch, nicht immer ehrlich, ein großer Netzwerker, für katholisch-protestantische Parität, hart gegen Konkurrenten in der eigenen Partei, ein begnadeter Wahlkämpfer. Seine größten Niederlagen waren das Fernsehurteil des Verfassungsgerichts gegen ein Regierungsfernsehen 1961 und die Spiegelaffäre 1962, wo er zusammen mit Verteidigungsminister Strauß das kritische Pressemagazin „wegen Landesverrat“ ausschalten wollte.

Die deutschen Bundeskanzler: Ludwig Erhard (1963 – 1966) und Kurt Georg Kiesinger 1966 – 1970)

Ludwig Erhard (1897 – 1977)

1897 in Fürth als Sohn eines Textilwarenhändlers geboren
Kaufmännische Lehre 1913 – 1916 Teilnahme am Ersten Weltkrieg 1916 – 1918
Handelshochschule Nürnberg 1919 – 1922 Betriebswirtschaft in Frankfurt 1922 – 1925
Im Elterlichen Betrieb 1925 – 1928 Institut für Wirtschaftsbeobachtung Nürnberg 1928-1942
Eigenes Institut für Industrieforschung ab 1942 Denkschrift zur Kriegsfinanzierung 1944
Bayrischer Wirtschaftsminister in der Regierung Wilhelm Hoegner 1945 - 1946
Wirtschaftsdirektor der Bizone 1947 Vorbereitung der Währungsreform und parallel dazu der
Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung 1948
1949 im Bundestag für die CDU, Wirtschaftsminister in allen Kabinetten Adenauer, Soziale
Marktwirtschaft, Wirtschaftswunder, Wahllokomotive der CDU
Nachfolger Adenauers 1963, zweitgrößter Sieg der CDU in der Bundestagswahl 1965

Das Kabinett Erhard:

Am 16. Oktober 1963 wurde Ludwig Erhard als Nachfolger Adenauers zum Bundeskanzler gewählt. Er führte die Koalition mit der FDP und mit den meisten Ministern fort. Vizekanzler und Gesamtdeutscher Minister war der FDP-Vorsitzende Erich Mende. Außenminister war der CDU-Abgeordnete Gerhard Schröder, lange Jahre Innenminister, Verteidigungsminister war Ulrich von Hassel, Innenminister Hermann Höcherl von der CSU.

Ludwig Erhard machte als erstes einen Antrittsbesuch bei dem französischen Präsidenten Charles de Gaulle. Der war nicht sehr erfolgreich, denn de Gaulle hatte zu Anfang des Jahres die Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft kategorisch abgelehnt und blockiert, und Erhard hatte das öffentlich als „schwarze Stunde Europas“ kommentiert. Außerdem lehnte de Gaulle die weitere europäische Integration ab und betrieb in den europäischen Gremien eine Politik des „leeren Stuhls“ und verhinderte so neue Beschlüsse. Weder Erhard noch sein Außenminister Schröder fanden einen Draht zu de Gaulle, aber sie reisten immer wieder nach Washington zu Lyndon B. Johnson, sie galten als Atlantiker, obwohl sie 1965 bei dem Versuch, die deutschen Stationierungskosten zu verringern, kläglich scheiterten. Das deutsch-französischen Verhältnis war auf einem Tiefpunkt.

Adenauer war ein genauer Aktenarbeiter und führte seine Regierung am kurzen Zügel. Erhard ließ seinen Ministern mehr Freiheit, er interessierte sich nicht für Akten, er versuchte, das Tempo zu entschleunigen, bewegte sich vor allem mit seinem Sonderzug, und er war der Meinung, man solle nicht zu viel eingreifen, es würde sich vieles von selbst regeln. Das wurde gefährlich, als 1965 das Wirtschaftswunder zu Ende war und ein Abgleiten der Wirtschaft in die Rezession sich abzeichnete. Erhards Rezept war, kürzer zu treten und den nach den Gesetzen der Wirtschaft kommenden Aufschwung abzuwarten. Das führte aber zu erheblicher Unruhe in der Bevölkerung und der Wählerschaft und damit auch bei den die Regierung tragenden Parteien. Um den Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel als Konkurrenten niederzuhalten, ließ sich Erhard am 23. März 1966 als Nachfolger Adenauers zum CDU-Vorsitzenden wählen, aber seine Autorität schwand sehr schnell, in der CDU gab es eine heftige und chaotische Führungsdiskussion mit Schröder und Barzel als Konkurrenten. Am 27. Oktober traten die FDP-Minister zurück und die Partei verließ die Regierung. Ludwig Erhard bildete eine Minderheitsregierung, aber schon am 3. November kündigte er seinen Rücktritt als Bundeskanzler an. Die CDU-Fraktion wählte am 10. November in einer Kampfabstimmung den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger gegen Schröder und Barzel, vielleicht weil man von ihm einen besseren Draht zu de Gaulle erwartete. Erhard trat zurück, und Kiesinger wurde am 1. Dezember zu seinem Nachfolger gewählt. Erhard blieb bis 1967 CDU-Vorsitzender und bis zu seinem Tod 1977 Bundestagsabgeordneter.

Ludwig Erhard hat nach seinem Sturz an Memoiren gearbeitet, unter dem Titel „Erfahrungen für die Zukunft – Meine Zeit als Kanzler“. Die wurden erst 2024 von Ulrich Schlie herausgegeben. Darin stellt er fest; *Ein Dilemma, in das über kurz oder lang jeder Koalitionspartner der FDP gerät, besteht im gelegentlichen Versuch, ihre Meinung der Mehrheit aufzuzwingen.*

Kurt Georg Kiesinger (1904 – 1988)

1904 geboren in Ebingen (einfache katholische Familie)
Schule und mittlere Reife in Albstadt-Ebingen
1926 nachgeholtes externes Abitur in Tübingen
1926-1931 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin
1933 „Märzgefallener“ Eintritt in die NSDAP
Liquidierung der katholischen Studentenverbindung
Askania
1940 Mitarbeiter im Auswärtigen Amt
stellvertretender Leiter der Rundfunkabteilung
1945 - 1946 Haft im Internierungslager Ludwigsburg
1947 Mitglied der CDU Südwestfalen-Hohenzollern
1948 Entlastung durch ein Spruchkammergericht
1949 – 1958 Mitglied des Bundestages (Außenpolitik)
1958 – 1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg



Bildung der Großen Koalition mit der SPD

Nachdem die FDP am 25. November die Erneuerung der Koalition abgelehnt hatte, einigte sich Kiesinger am 26. November mit Willy Brandt auf eine Große Koalition. Die beiden Partner klärten in den folgenden Tagen Sachfragen, Projekte und Personen, und am 1. Dezember wurde Kiesinger mit 340 Stimmen (von 447 der Koalitionsfraktionen) zum Bundeskanzler gewählt (es gab wohl in der CDU wie in der SPD Vorbehalte). Unter Bundeskanzler Kiesinger war Willy Brandt Vizekanzler und Außenminister, Gustav Heinemann von der SPD Justizminister (der die von FDP-Ministern vorbereitete große Strafrechtsreform zum Abschluss brachte) und Gerhard Schröder von der CDU Verteidigungsminister. Ein wichtiges Reformpaket waren die schon unter Erhard vorbereiteten Notstandsgesetze, mit denen die alliierten Sonderrechte abgelöst werden sollten und die in der Öffentlichkeit äußerst umstritten waren, denn nach Carl Schmitt hatte der die eigentliche Macht, der über den Ausnahmezustand verfügte. Finanzminister war Franz Josef Strauß, der nach der Spiegelaffäre zum ersten Mal wieder ein öffentliches Amt übertragen bekam, Wirtschaftsminister war Karl Schiller von der SPD. Die beiden arbeiteten als „Plüsch und Plum“ gut zusammen und konnten die wirtschaftliche Rezession stoppen und die Bundesrepublik zu einem neuen Aufschwung führen. Auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Mittelfristige Finanzplanung und das Gesetz über die Gemeinschaftsaufgaben (von Bund und Ländern) wurden beschlossen. Die Bilanz der Großen Koalition war also nicht schlecht, auch wenn gegen Ende die Konfrontationen zunahm. Am 5. März 1969 wurde gegen Gerhard Schröder von der CDU Gustav Heinemann von SPD und FDP mit der knappsten Mehrheit zum Bundespräsidenten gewählt.

Die Jahre vorher waren von der heftigen Diskussion über die Notstandsgesetze über die Studentenbewegung 1968, den Schah-Besuch, den Tod von Benno Ohnesorg und die Diskussion über den Umgang der Bundesrepublik mit dem Nationalsozialismus geprägt. Dazu gehörte auch die Nazi-Vergangenheit von Kurt Georg Kiesinger, dass das Ehepaar Jaspers nach seiner Wahl ihre deutschen Pässe zurückgaben, dass Schriftsteller wie Böll und Grass heftig protestierten, oder die Ohrfeige für ihn von Beate Klarsfeld auf einem CDU-Parteitag 1968. Kiesinger war nicht wirklich schwer belastet, er hatte seine Persilscheine und seine Freisprüche, Aber die Zeit war empfindlicher geworden, man begann die Vergangenheit der Nachkriegsprominenten auszugraben, von Politikern, Professoren, Industriellen und war erstaunt darüber, was da alles herauskam (etwa Nannen vom Stern oder auch Eschenburg oder Günther Grass).

Kiesinger wurde 1967 CDU-Vorsitzender und blieb es bis 1971, wo er den Vorsitz an Rainer Barzel abgeben musste, nachdem er 1969 bei der Bundestagswahl ein gutes Ergebnis für die CDU erreicht hatte, aber Brandt und Scheel die sozialliberale Koalition mit einer sehr dünnen Mehrheit wagten und die CDU damit die Kanzlerschaft verlor.

Von der Bundestagswahl 1969 bis 1980 gehörte er noch dem Bundestag als Abgeordneter an.

Kurt Georg Kiesinger starb 1988 mit 84 Jahren.

Die sozialliberale Koalition: Willy Brandt (1969 – 1974) und Helmut Schmidt 1974 – 1981)

Willy Brandt (1913 – 1992)

Herbert Frahm wurde 1913 in Lübeck als uneheliches Kind geboren und wurde hauptsächlich von seinem Großvater Ludwig Frahm erzogen und geprägt, einem aktiven SPD-Mitglied. Er besuchte die Realschule und wegen guter Leistungen seit 1928 das Realgymnasium Johanneum, wo er 1932 das Abitur ablegte und als Berufswunsch Journalist angab. Zu der Zeit war er schon bei einer linkssozialistischen Splittergruppe politisch aktiv, auch im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Die Gruppe wurde nach der Machtergreifung verboten und ging in den Untergrund. In dem Zusammenhang ging er im Sommer 1933 nach Norwegen und nahm dort den Kampfnamen Willy Brandt an. Er arbeitete als Journalist für skandinavische Zeitungen, für die sozialistische Splitterpartei, er war 1936 als Kurier in Deutschland und 1937 als Berichterstatter in Spanien. Als er 1938 in Deutschland ausgebürgert wurde, bewarb er sich um die norwegische Staatsangehörigkeit. Als Norwegen 1940 von Deutschland besetzt wurde, kämpfte er gegen die deutsche Besatzung, zum Teil schreibend von Schweden aus. 1945 kehrte er zurück nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen, zuerst über die Kriegsverbrecherprozesse. 1948 erhielt er wieder die deutsche Staatsbürgerschaft mit dem Namen Willy Brandt und übernahm bei der SPD die Leitung einer Verbindungsstelle zwischen dem Parteivorstand in Bonn, Berlin und der im Osten verbotenen SPD. 1949 war er als Berliner Abgeordneter im Bundestag, 1950 Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus, 1955 Präsident des Abgeordnetenhauses, 1957 Regierender Bürgermeister, 1958 und 1963 wiedergewählt, 1966 zurückgetreten, um in die Bundespolitik zu gehen. Brandt regierte immer in einer großen Koalition mit der CDU. In diese Zeit fiel die Berlinkrise nach dem Ultimatum von Chruschtschow 1958 und der Mauerbau 1963. 1961 führte Brandt die SPD im Bundestagswahlkampf, 1964 wurde er Parteivorsitzender (bis 1987). Bei der Bundestagswahl 1965 blieb er gegen Ludwig Erhard zweiter Sieger und zog sich resigniert zurück. Als Erhard 1966 scheiterte, bildeten CDU und SPD eine große Koalition unter Kiesinger, und Willy Brandt wurde Außenminister.

1969 wurde der SPD-Kandidat Gustav Heinemann mit einer schwachen Mehrheit aus SPD und FDP zum Bundespräsidenten gewählt. In der Bundestagswahl von 1969 blieb die CDU stärkste Partei, aber die SPD mit Brandt und die FDP mit Scheel schlossen eine sozialliberale Koalition



In seiner ersten Regierungserklärung sprach Brandt von „mehr Demokratie wagen“. Aber Brandt sah seine eigentliche Aufgabe in einer neuen Ostpolitik, dem Aufbrechen der Fronten des Kalten Krieges, der Spaltung Europas durch Gespräche, Verhandlungen und Verträge, durch die Anerkennung der politischen Realitäten, etwa der Oder-Neiße-Grenze oder der DDR. Er erhoffte sich dadurch ein Nachlassen des sowjetischen Drucks auf seine Satelliten, eine größere Selbstständigkeit und eine Liberalisierung in Osteuropa, „Wandel durch Annäherung“ und eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa, die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa KSZE, in der auch demokratische Grundrechte festgeschrieben wurden. 1970 trafen sich Willy Brandt und der DDR-Ministerpräsident Willi Stoph, im März in Erfurt und im Mai in Kassel, im August kam es zum Moskauer Vertrag mit der Sowjetunion, im Dezember 1970 folgte der Warschauer Vertrag mit Polen, mit der Anerkennung der neuen Westgrenze und dem Kniefall Brandts am Ehrenmal für das Warschauer Ghetto. Im Dezember 1971 folgte das Transitabkommen mit der DDR über den Zugang nach Westberlin, und im Juni 1972 der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Für diese Ostpolitik erhielt Brandt 1971 den Friedensnobelpreis. Im Bundestag war sie aber äußerst umstritten. Am 27. April 1972 beantragte die CDU ein konstruktives Misstrauensvotum, aber Rauner Barzel fehlten zwei Stimmen. Die Bundestagswahl vom November 1972 brachte der SPD erstmals mehr Stimmen als der CDU. Willy Brandt war der große Sieger, doch die Tagespolitik interessierte ihn eigentlich nicht. Dazu kam der Radikalenerlass, die Ölkrise 1973 und schließlich die Guillaume-Affäre. Deshalb trat Brandt im Mai 1974 zurück. Sein Nachfolger wurde Helmut Schmidt.

Helmut Schmidt (1918 – 2015)

Helmut Schmidt wurde 1918 in eine Lehrerfamilie geboren. Nach dem Abitur meldete er sich 1937 zum Wehrdienst. Von 1941 an war er als Offizier im Krieg, zum Schluss als Oberstleutnant in Belgien. Nach kurzer britischer Kriegsgefangenschaft studierte er in Hamburg Volkswirtschaft und Staatswirtschaft. Politisch schloss er sich der SPD an und war von 1961 bis 1965 Innensenator in Hamburg. Legendär war sein Einsatz bei der Flutkatastrophe 1962. 1965 wurde er in den Bundestag gewählt und Stellvertretender Fraktionsvorsitzender. In der Großen Koalition 1966 bis 1969 führte er die SPD-Fraktion. Unter Brandt wurde er 1969 Verteidigungsminister, 1972 nach dem Rücktritt Karl Schillers Finanz- und Wirtschaftsminister. Nach dem Rücktritt Brandts 1974 führte er die sozial-liberale Koalition mit Genscher als Vizekanzler und Außenminister weiter (Scheel war inzwischen Bundespräsident). Schmidt führte die Bundesrepublik erfolgreich durch die wirtschaftliche Rezession nach der Ölpreiskrise. Er förderte den Ausbau der Atomkraft, um vom Öl unabhängiger zu werden. Mit dem französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing verbanden ihn Sympathie und ähnliche politische Ziele. Sie verbesserten das deutsch-französische Verhältnis und bereiteten eine größere europäische Integration und die Währungsunion vor. Schmidt gewann die Bundestagswahlen 1976 gegen Helmut Kohl und 1980 gegen Franz Josef Strauß.

Ein großes Problem war der Terror der RAF, die Erstürmung der deutschen Botschaft in Stockholm 1975, die Ermordung des Generalbundesanwalts Siegfried Buback, des Dresdener-Bank-Chefs Jürgen Ponto, die Entführung und Ermordung Hanns Martin Schleyers und die Entführung der Luft-hansmaschine Landshut nach Mogadischu, alles 1977. Das alles trug sehr zur Verhärtung des innenpolitischen Klimas bei. Gleichzeitig waren diese Jahre geprägt vom Aufstieg der Grünen als neuer politischer Partei, die für die Erhaltung der Umwelt, gegen die Kernkraft und gegen die militärische Überrüstung war. Seit 1977 wies Schmidt auf die Gefahr hin, dass die Konstruktion und Aufstellung von neuen sowjetischen SS20-Raketen das militärische Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt gefährde. Er förderte den NATO-Doppelbeschluss, der mit der Aktualisierung und Aufrüstung der NATO-Mittelstreckensysteme drohte, wenn die Sowjetunion nicht auf die Aufstellung ihrer neuen Raketen verzichtete. Da das nicht passierte, begann 1978 die Modernisierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Deutschland, etwa in Mutlangen. Das führte zu einem Anwachsen der Friedensbewegung und der Grünen, zu großen Demonstrationen, der größten im Bonner Hofgarten mit 300 000 Menschen und Erhard Eppler und Heinrich Albertz von der SPD als Redner. In der SPD verlor Helmut Schmidt immer mehr Unterstützung. Aber die Regierung scheiterte an der FDP, die die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik nicht mehr mittragen wollte. Am 1. Oktober 1982 wurde Helmut Kohl von FDP und CDU mit einem konstruktiven Misstrauensvotum zum Bundeskanzler gewählt. In der Politik spielte Schmidt danach keine Rolle mehr. Er war zeitweilig Herausgeber der Zeit, veröffentlichte Bücher und hatte gelegentliche Auftritte als Kommentator der Weltpolitik. Er starb 2015 in Hamburg.



Volkshochschule Karlsruhe

Januar 1924

Hansjörg Frommer

Die deutschen Bundeskanzler: Helmut Kohl (1982 – 1998) – „Kanzler der Einheit“

Lebenslauf (1930 – 1969)

Helmut Kohl wurde 1930 als drittes Kind einer katholisch-bürgerlichen Familie in Ludwigshafen geboren und besuchte dort die Schule. Mit der Kinderlandverschickung kam er 1940 in den Odenwald und dann nach Berchtesgaden. Dort erhielt er in der Hitlerjugend noch eine paramilitärische Ausbildung, er kam aber nicht mehr zum Einsatz als Flakhelfer. Nach Kriegsende ging er mit drei Schulkameraden zu Fuß zurück nach

Ludwigshafen. Dort erfuhr er, dass sein Bruder Walther im November 1944 gefallen war. Ab November 1945 besuchte er wieder die Oberrealschule und machte 1950 das Abitur. Er studierte Geschichte und Staatswissenschaften, zuerst in Frankfurt, ab 1951 in Heidelberg. Von 1956 bis 1958 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Sternberger in der Politologie, 1958 wurde er in Geschichte promoviert. Er arbeitete dann als Direktionsassistent im Pfalzgusswerk in Ludwigshafen und von 1959 bis 1969 als Referent beim Verband der chemischen Industrie.

Parteikarriere in der CDU

1946 als Schüler Eintritt in die CDU, 1947 Mitbegründer der Jungen Union in Ludwigshafen, 1955 im Landesvorstand der CDU in Rheinland-Pfalz, 1966 Landesvorsitzender. 1969 wurde Helmut Kohl Stellvertretender Bundesvorsitzender.

1959 wurde er erstmals Landtagsabgeordneter, 1963 Fraktionsvorsitzender, als Landesvorsitzender seit 1966 war er der designierte Nachfolger des Dauerministerpräsidenten Peter Altmeier, den er 1969 als Ministerpräsident ablöste. Er stellte (in einer Koalition mit der FDP) ein junges Kabinett mit neuen Gesichtern zusammen, darunter Bernhard Vogel für Kultus und Unterricht und Heiner Geißler als Sozialminister, und er begann mit der notwendigen Modernisierung von Rheinland-Pfalz, mit dem Ende der Konfessionsschule, einer Gebietsreform, der Gründung der Universität Trier-Kaiserslautern, der Förderung des Strukturwandels. Bei den Landtagswahlen 1971 und 1975 holte Kohl zweimal die absolute Mehrheit für die CDU.

1971 kandidierte Kohl als Nachfolger von Kiesinger für den Bundesvorsitz der CDU, wurde aber von Rainer Barzel geschlagen. 1973 verzichtete Barzel auf eine erneute Kandidatur, und Helmut Kohl wurde zum Bundesvorsitzenden der CDU gewählt. Er blieb Bundesvorsitzender bis 1998. Bei der Bundestagswahl 1976 erzielte Kohl mit der CDU/CSU 48,6%, aber die Regierung von Helmut Schmidt aus SPD und FDP konnte weiterregieren. Kohl trat als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz zurück, sein Nachfolger wurde Bernhard Vogel. Helmut Kohl wurde Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer. Er hatte unter den Angriffen von Franz Josef Strauß viel zu leiden und überließ Strauß bei der Wahl 1980 die Spitzenkandidatur. Strauß erreichte nur 44,5%. Die sozialliberale Koalition regierte weiter. Aber 1982 trat die FDP aus der Regierung aus, Helmut Kohl wurde in einem konstruktiven Misstrauensvotum mit den Stimmen der FDP zum Bundeskanzler gewählt und bildete eine CDU/CSU – FDP – Regierung.

Bundeskanzler einer CDU/CSU – FDP - Koalition (1982 – 1998)

Der Start der neuen Regierung war holprig, der fliegende Wechsel der FDP war umstritten, die SPD wollte sofortige Neuwahlen. Kohl kündigte Neuwahlen für das Frühjahr an. Das war aber nicht so einfach, die Regierungsparteien mussten sich enthalten, damit ein Misstrauensvotum als Voraussetzung für die vorzeitige Auflösung des Bundestags Erfolg hatte. Das Vorgehen wurde später auch vom Verfassungsgericht gerügt. Die Neuwahl zum Bundestag fand am 6. März 1983 statt. Die CDU/CSU mit Helmut Kohl erhielt 48,8%, die FDP fiel von fast 11% auf 7% zurück, die SPD unter Hans-Jochen Vogel von fast 43% auf 38,2%. Die Grünen kamen mit 5% erstmals in den

Bundestag. Jetzt konnte die eigentliche Regierungsarbeit beginnen. Kohl sprach von einer „geistig-moralischen Wende“, aber tatsächlich änderte sich wenig. Die Ostpolitik der sozialliberalen Regierung wurde weitergeführt, der von der FDP geforderte Rückbau der Sozialpolitik fand nicht statt.

Ostpolitik und das Verhältnis zur DDR: Kohl und sein Außenminister Genscher führten die Entspannungspolitik im Osten weiter, auch im Verhältnis zur DDR. Die Wirtschaftsbeziehungen wurden enger. 1983 fädelt Franz-Josef Strauß einen Milliardenkredit für die DDR ein, die dafür die Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze demontierte. Die Bundesrepublik kaufte politische Häftlinge frei, die DDR wurde dafür bei regulären Ausreisen großzügiger. 1987 besuchte Erich Honecker die Bundesrepublik. Es war der Bundesregierung wohl nicht bewusst, wie kritisch die wirtschaftliche Situation der DDR inzwischen war. Die Regierung erreichte auch die unkomplizierte Ausreise von Deutschstämmigen aus der Sowjetunion, Auch durch den Zustrom von Asylbewerbern nahm die bundesrepublikanische Bevölkerung deutlich zu. Der Druck der Bevölkerung der DDR auf Reiseerleichterungen nahm in dieser Zeit erheblich zu, etwa durch Flucht in die westdeutschen Botschaften in Ungarn und vor allem in Prag.

Wirtschaftspolitik: Auch hier führte die Regierung Kohl die Sozialpolitik der sozialliberalen Koalition im Wesentlichen weiter. Der Sozialminister Norbert Blüm führte die Mütterrente ein und kämpfte für eine Pflegeversicherung nach dem Modell der Rentenversicherung. Den Finanzministern Stoltenberg und Waibl gelang eine große Steuerreform, mit der die Belastung der Mittelschicht durch die Steuerprogression endlich abgemildert wurde. Die Finanzpolitik war solide, die Wirtschaft florierte. Europapolitik: Im französischen Präsidenten Mitterrand fand Kohl einen Partner und Freund, mit dem er die Stellung des Europäischen Parlamentes und die Intensivierung der Wirtschaftsunion mit der Währungsunion vorantrieb. Im Vertrag von Maastricht 1992 wurden diese Ziele europäisches Recht.

Zusammenbruch des Ostblocks und Wiedervereinigung: Seit Mitte der 80erjahre war der Ostblock in einer kritischen Phase. In der Sowjetunion versuchte Gorbatschow, mit Perestrojka und Glasnost eine Modernisierung einzuleiten. Das führte in den Satellitenstaaten zu einer Verselbstständigung, zuerst in Ungarn. Die DDR-Führung hielt an ihrem konservativen Kurs fest, aber am 9. 11. 1989 kam es zur Öffnung der Mauer und zum schnellen Zusammenbruch der alten Regierung. Ein neu gewähltes Parlament führte zu einer CDU-Regierung unter Thomas de Maizière, die schnell mit den Vereinigungsgesprächen begann. Helmut Kohl ergriff die Chance und arbeitete innerdeutsch und außenpolitisch an der schnellen Umsetzung der deutschen Einheit. Am 3. 10. 1990 trat der Einigungsvertrag in Kraft, am 2. 12. 1990 gewann Kohl mit seiner Regierung die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl (gegen Oskar Lafontaine) und am 17. 1. 1992 wurde er zum vierten Mal zum Bundeskanzler gewählt, zum ersten gesamtdeutschen. Die folgenden zwei Wahlperioden war die Regierung Kohl vor allem mit den Folgen der Wiedervereinigung beschäftigt.

Helmut Kohl und die CDU: Helmut Kohl war ein erfolgreicher Langzeitbundeskanzler, er war das Profil der CDU und machte sie zur größten Mitgliederpartei. Aber er war auch in der CDU keineswegs unumstritten. Ein Problem war sein unkompliziertes Verhältnis zu nicht deklarierten Parteispenden, für ihn eine Möglichkeit zu nichtöffentlichen Geldzuwendungen. Zum ersten Mal wurde das aktenkundig, als 1984 eine Liste des Chefbuchhalters von Flick mit Zahlen für Zuwendungsempfänger öffentlich wurde, darunter Kohl mit mehr als einer halben Million. In der großen Parteispendenaffäre 1999 nach Ende seiner Kanzlerschaft musste Kohl zugeben, dass er 2,1 Millionen nicht angegeben hatte, und er weigerte sich, die Namen der Spender zu nennen, weil er ihnen sein Ehrenwort gegeben habe. Das führte zu einer Krise der CDU und zum Bruch mit Helmut Kohl. 1973 bis 1977 war Kurt Biedenkopf Generalsekretär der CDU, dann schied er im Streit mit Helmut Kohl aus. Sein Nachfolger wurde Heiner Geißler, den Helmut Kohl 1989 wegen Differenzen nicht mehr als Generalsekretär vorschlug. Bei der Bundestagswahl 1987 kam die CDU mit Helmut Kohl nur noch auf 44,3%, deshalb kam es 1988 zu einer Verschwörung, die Kohl als Kanzler ablösen wollte, die aber scheiterte. Zu den Verschwörern gehörten Kurt Biedenkopf, Heiner Geißler, Lothar Späth als Ministerpräsident von Baden-Württemberg und die Bundestagspräsidentin Süssmuth. Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 erhielt die CDU mit Helmut Kohl 43,8%, 1994 noch 41,4%, 1998 verlor sie die Wahl mit 35,1%. Helmut Kohl hatte sich abgenützt. Das hing natürlich auch mit den Fehlern bei der Umsetzung der Wiedervereinigung zusammen (Treuhand, De-Industrialisierung, Arbeitsplatzverlust).

Gerhard Schröder (geb. 1944)
Ministerpräsident von Niedersachsen 1990 - 1998
Bundeskanzler 1998 - 2005

Lebenslauf

Gerhard Schröder, geboren im Februar 1944, wuchs in einfachen, nach eigener Aussage in asozialen Verhältnissen auf. Sein Vater fiel noch 1944 im Krieg, die Mutter arbeitete für die Versorgung der Familie. Er besuchte die Volksschule und machte 1958-1961 eine Lehre als Einzelhandelskaufmann und arbeitete dann in einer Eisenwarenhandlung. Nebenher besuchte er seit 1962 eine Abendschule und schloss 1966 mit dem Abitur ab. Er studierte in Göttingen Jura, schloss 1971 mit dem ersten und 1976 mit dem zweiten Staatsexamen ab. Von 1976 bis 1990 arbeitete er als Rechtsanwalt in Hannover.

Seit 1963 war Schröder SPD-Mitglied, seit 1971 Juso-Vorsitzender im Bezirk Hannover, 1978 Bundesvorsitzender, 1979 Mitglied im Parteivorstand. 1986 war er Spitzenkandidat bei der Landtagswahl in Niedersachsen, aber erfolglos. 1990 wurde die SPD größte Partei, brauchte aber einen Koalitionspartner, die Grünen. 1994 und 1998 führte Schröder die SPD zur absoluten Mehrheit und zur Alleinregierung. Nach der Wahl wurde Schröder Kanzlerkandidat der SPD für die Bundestagswahl gegen Helmut Kohl.

Bundeskanzler

Bei der Bundestagswahl 1998 erhielt die Union mit Helmut Kohl 35,1%, die SPD mit Schröder 40,9%, die Grünen 6,7%, und Schröder entschied sich für eine neue Koalition mit den Grünen. Lafontaine wurde Finanzminister, Joschka Fischer von den Grünen Außenminister und Jürgen Trittin Umweltminister. Lafontaine und Schröder waren Konkurrenten in der SPD und unterschiedlicher Meinung in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. So trat Lafontaine schon im März 1991 zurück

Schröder im Wahlkampf 2005 in München



und verließ auch die SPD. Ein anderes Problem des ersten Jahres war die Krise der CDU wegen der nicht deklarierten Spendengelder und Helmut Kohls Ehrenwort. Angela Merkel setzte sich schließlich als Bundesgeschäftsführerin und dann als Parteivorsitzende durch.

Außenpolitik und Militäreinsätze

Der Kosovo war eine serbische Provinz, die überwiegend von Albanern bewohnt war und in Tito-Jugoslawien eine begrenzte Autonomie hatte. Der serbische Präsident Milosevic hob die Autonomie auf und wollte den Kosovo serbisieren. Dagegen gab es kosovarisch-albanischen Widerstand, und der serbische Gegendruck nahm zu. Die NATO führte 1998/99 Gespräche und suchte einen Kompromiss (Kosovo als serbische Provinz, aber mit weitgehender Autonomie und eigener Regierung), aber beide Seiten stimmten nicht zu, und Serbien griff militärisch an. Die NATO befürchtete die Vertreibung der kosovarischen Albaner und beschloss Anfang 1999, Ziele in Belgrad zu bombardieren, um die serbische Führung zum Einlenken zu bewegen. Es gab kein UN-Mandat, es war eine freie Entscheidung der NATO, und die Bundesrepublik unter Schröder und Fischer beteiligte sich. Die Bombardierungen dauerten vom 24. März bis zum 9. Juni 1999, als Serbien seine Truppen zurückzog und einem Waffenstillstand zustimmte. Aber die Frage ist immer noch nicht gelöst. Der Kosovo sieht sich als unabhängiger Staat, doch Serbien betrachtet ihn als abtrünnige Provinz. In Deutschland war es ein Tabubruch, dass sich ausgerechnet eine Regierung, die aus der alten Friedensbewegung hervorgegangen war, an einem aggressiven Militäreinsatz ohne internationale Legitimierung beteiligte.

Am 11. September 2001 führte das Attentat auf die Twin Towers in New York zu einer heftigen Reaktion des US-Präsidenten George W. Bush, der den „Krieg gegen den Terror“ verkündete. Die NATO rief am 12. September 2001, unter dem Vorbehalt „sofern die Terrorangriffe von außen gegen die USA gerichtet waren“, erstmals in ihrer Geschichte den Bündnisfall gemäß Artikel 5 der NATO-Charta aus. Bush wollte eigentlich den Irak angreifen, aber Afghanistan unter den Taliban war das Rückzugsgebiet von Al Qaida und von Bin Laden und wurde das erste Kriegsziel. Ab 7. Oktober 2001 führten die USA und Großbritannien einen durch eine Resolution des Sicherheitsrats gedeckten schweren Bombenkrieg in Afghanistan, bei dem die Rückzugsplätze von Al Qaida zerstört, aber auch geschätzte 18 000 Zivilisten getötet wurden. Im November/Dezember eroberte die von den USA unterstützte Nordallianz Kabul und vertrieb die Taliban. Die deutsche Regierung sorgte sich um die Neugestaltung Afghanistans und brachte schon am 27. November die wichtigsten Gruppen zu einer Konferenz auf dem Peterberg bei Bonn zusammen, wo ein Fahrplan für die Befriedung des Landes und für den Neuaufbau einer politischen Ordnung besprochen und im Abschlussdokument vom 5. Dezember veröffentlicht wurde. Hier wurde der Pashtune Hamid Karzai zum Interimspräsidenten gewählt. Ab 2001 beteiligte sich Deutschland mit der Bundeswehr an der ISAF, der International Security Assistance Force, deren Auftrag in der sicherheitspolitischen Stabilisierung Afghanistans bestand. Seit 2005 wurde der Einsatz der deutschen Truppen immer gefährlicher (Kunduz), die angestrebte politische Neuordnung wurde immer brüchiger, die Taliban übernahmen immer mehr Provinzen. 2021 ordneten die Amerikaner den ungeordneten und chaotischen Rückzug aller ausländischen Truppen an. Erst jetzt, 2024, legte eine Enquetekommission eine sehr kritische Bewertung des Afghanistaneinsatzes vor. Dieses militärische Engagement der zwei Alphiere Schröder und Fischer führte zu einer spürbaren Entfremdung mit der jeweiligen Parteibasis.

Seit 1970 bestimmte Sadam Hussein die Politik des Irak, seit 1979 diktatorisch. Von der Herkunft her war er in der Bath-Partei, also eher laizistisch und kein religiöser Führer, er machte viel für die Modernisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft, für die Alphabetisierung, für Schulen und Hochschulen. Sadam wollte den Iraq in der Region führend machen, führte 1980 bis 1988 einen schweren Krieg gegen den Iran unter Ayatollah Khomeiny, er investierte in Rüstung und Waffen auch gegen die eigene Bevölkerung, unterdrückte jede Form von Opposition oder regionaler oder religiöser Diversität. Trotzdem ist nicht ganz klar, warum ihn der US-Präsident Bush zum Zentrum einer Achse des Bösen machte und auch falsche Anschuldigungen, zum Beispiel wegen Massenvernichtungswaffen erhob. 1990 besetzte Sadam Hussein das benachbarte Kuwait, ein reiches Ölland und eine traditionell-religiöse Monarchie. Dafür wurde er von den UN verurteilt. Mit einer von den USA geführten Koalition wurde der Iraq 1991 besiegt und musste auf Kuwait verzichten, aber er blieb weiterhin Staatschef. Im Jahr 2002 hielt George W. Bush 164 Reden gegen Sadam Hussein und die Gefahr, die von ihm für die Welt ausging, und am 11. Oktober stimmte der Kongress mit großer Mehrheit für den neuen Irakkrieg. Im März 2003 begann der Krieg von der Basis Saudi-Arabien aus. Da der Sicherheitsrat ein UNO-Mandat verweigerte, arbeitete Bush mit einer Koalition der Willigen, vor allem Großbritannien, Spanien,

Polen, Italien und Australien. Am 1. Mai 2003 verkündete Bush den Sieg (mission accomplished), aber die größere Aufgabe bestand nun darin, dem Iraq eine neue staatliche Ordnung zu geben, und die scheiterte. Der Iraq heute ist ein failing state. Die Bush-Regierung versuchte, die befreundeten Mächte zum Mitmachen zu bewegen, aber der deutsche Bundeskanzler Schröder wie der französische Präsident Chirac weigerten sich, obwohl der Druck sehr stark war. Der Iraqkrieg wurde von vielen als völkerrechtswidriger Angriffskrieg gewertet und abgelehnt, die Ablehnung Schröders wurde von einer großen Mehrheit in Deutschland positiv gesehen. Die Bundestagswahl im September 2002, für die Wahlforscher schon seit längerem einen Sieg der CDU-Opposition prognostizierten, gewannen Schröder und Fischer für die SPD und die Grünen nicht zuletzt deswegen.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die zweite Regierung Schröder wurde am 22. Oktober 2002 vereidigt. Viele Minister blieben, neu war Wolfgang Clement als Minister für Wirtschaft und Arbeit, vorher als Nachfolger von Johannes Rau Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Die beiden Regierungsparteien, die SPD wie die Grünen, gehörten zum linken Parteienspektrum mit dem Ziel der Erweiterung des Sozialstaates. Aber Schröder hatte noch aus der Zeit als Ministerpräsident von Niedersachsen gute Beziehungen zu VW und zur Automobilindustrie, er sah sich als „Boss der Konzerne“, sein Thema war die Modernisierung der Industrie, und dazu gehörte auch eine Entlastung. In der ersten Regierung Schröder gab es eine Reihe von wichtigen Neuerungen, die Einführung der Lebenspartnerschaft, die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts durch die Einführung des Geburtsrechts. Der Anstieg der Renten wurde durch die Einführung eines dämpfenden Faktors gebremst, aber das war gegen die Aussagen im Wahlprogramm. Weitere Änderungen betrafen vor allem die Industrie: Senkung der Körperschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes und die Erhöhung der Grundfreibeträge. Ein besonderes Anliegen der Grünen war der Ausstieg aus der Kernenergie. Darüber wurde seit 1999 verhandelt, und 2000 gab es eine Übereinkunft mit den Betreibern von Kernkraftwerken über die stufenweise Abschaltung der Reaktoren.

Mit der zweiten Regierung Schröder 2002 und dem neuen Wirtschafts- und Arbeitsminister Clement wurde der Druck zu einer sozialen und arbeitsrechtlichen Modernisierung stärker. Die Regierung lehnte einen Mindestlohn ab und verschärfte den Druck auf Arbeitslose und Arbeitssuchende durch die Hartz-IV-Reformen, mit denen die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe zusammengelegt wurden. Der Druck auf die Übernahme von schlecht bezahlten Arbeiten im Niedriglohnsektor wurde stärker, immer mehr Menschen konnten von ihrer Arbeit nicht mehr leben. Die Wirtschaft profitierte von den schlecht bezahlten und prekären Arbeitsverhältnissen, die Zahl der Menschen am Existenzminimum wuchs beträchtlich und die SPD distanzierte sich mehr und mehr von den Ergebnissen dieser Sozialpolitik.

Die Regierung Schröder – Fischer hatte mehr und mehr mit dem Vertrauensverlust in ihren Fraktionen zu kämpfen. Landtagswahlen gingen verloren, das Verhältnis zu den Gewerkschaften bröckelte. Schröder stellte am 1. Juli 2005 die Vertrauensfrage, bei der ihm Stimmen zur Kanzlermehrheit fehlten. Darauf hin beantragte er beim Bundespräsidenten Köhler die Auflösung des Bundestages und Neuwahlen. Die Bundestagswahl fand am 18. September 2005 statt. Die SPD verlor stark an Stimmen, die CDU/CSU unter Angela Merkel auch, aber sie war mit 35,2% stärker als die SPD mit 34,2%.

In der Elefantenrunde am Abend des Wahltags kam es zu einem sehr peinlichen Auftritt Schröders gegen Angela Merkel und ohne Eingeständnis seiner Niederlage.

Schröder schied danach aus dem Bundestag und aus der Politik aus. Er hatte ein gutes Verhältnis zu Putin und übernahm Posten und Aufgaben in der russischen Gasindustrie. Das führte nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine und den westlichen Sanktionen gegen Russland zur Forderung des Parteiausschlusses gegen Schröder und zur Aberkennung seiner Rechte als ehemaliger Bundeskanzler auf ein eigenes Büro in Berlin.

Angela Merkel (geb. 1954)
Physikerin/Chemikerin Zentralinstitut Berlin seit 1977
Politisch aktiv in der Wendezeit seit 1989
Mitglied der CDU seit 1990
Bundeskanzlerin 2005 - 2021

Lebenslauf

Angela Kastner wurde am 17. Juni 1954 in Hamburg geboren. Ihr Vater, Pfarrer und studierter evangelischer Theologe, fand die Arbeit in der evangelischen Kirche der DDR interessanter als die in der Bundesrepublik. Die Familie siedelte kurz nach der Geburt der Tochter in die DDR über, zuerst nach Quitzow, dann 1957 nach Templin. Dort wuchs Angela auf und besuchte die Schule, seit 1961 die Erweiterten Oberschule in Templin. Sie war eine unauffällige Schülerin, sehr gute Leistungen, nicht politisch aktiv und nicht oppositionell, und sie erhielt 1973 das Abitur und die Zulassung zum Studium der Physik an der Universität Leipzig. 1977 heiratete sie den Mitstudenten Ulrich Merkel, von dem sie sich aber nach wenigen Jahren wieder trennte.

Angela dachte an eine Hochschulkarriere, aber daraus wurde vielleicht wegen der fehlenden proletarischen Herkunft nichts. Deshalb bewarb sie sich 1978 beim Zentralinstitut für Physikalische Chemie in Ostberlin, einer Forschungseinrichtung, und arbeitete nebenher an ihrer Promotion, die sie 1987 mit dem höchsten Lob abschloss. Seit 1984 war sie mit dem Quantenmechaniker Joachim Sauer zusammen, seit 1998 sind sie verheiratet. Natürlich verlangte man von Akademikern auch politische Bekenntnisse, es liegen auch welche von Angela Merkel vor, aber so nichts-sagend, dass man ihr nachträglich bestätigen konnte, dass sie sich politisch sehr zurückgehalten hat, dass sie ihre wissenschaftliche Karriere nicht durch politische Zugeständnisse gefördert hat.

Wende und politische Betätigung

Als im Herbst 1989 die DDR-Diktatur zusammenbrach, engagierten sich viele Bürger in Parteien oder politischen Gruppen, Angela Merkel beim Demokratischen Aufbruch, ab 1. März 1990 hauptamtlich als Assistentin des Vorsitzenden. Demokratischer Aufbruch und Ost-CDU bildeten für die Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 ein Wählerbündnis, eine Allianz für Deutschland. Die Regierung von Lothar de Maizière arbeitete eng mit der westdeutschen CDU zusammen. Der demokratische Aufbruch fusionierte mit der CDU, und damit wurde Angela Merkel automatisches CDU-Mitglied. Bis zur Wiedervereinigung nahm Frau Merkel an vielen politischen Diskussionen teil und lernte die maßgeblichen Leute wie Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble kennen, in der DDR-Regierung war sie Assistentin von Lothar de Maizière und Günter Krause. Bei der Bundestagswahl am 2. Dezember kandidierte sie für ein Bundestagsmandat in Mecklenburg-Vorpommern und gewann es. Bei der folgenden Regierungsbildung nahm Helmut Kohl sie als Bundesministerin für Frauen und Jugend ins Kabinett. Damit gehörte sie zur Reihe der aufsteigenden Kräfte in der CDU. Bei der nächsten Bundestagswahl verteidigte sie ihr Bundestagsmandat und wechselte im neuen Kabinett ins Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Für die Bundestagswahl 1998 hatte Helmut Kohl Wolfgang Schäuble als Nachfolger benannt, aber er wollte die Partei selber in den Wahlkampf führen und selber entscheiden, wann er zurücktreten würde. Unter anderem deshalb erzielte die CDU ihr schlechtestes Ergebnis, und eine neue Regierung aus SPD und Grünen hatte die Mehrheit. Helmut Kohl trat als Parteivorsitzender zurück und wurde zum Ehrenvorsitzenden gemacht. Als Parteivorsitzender wurde Wolfgang Schäuble gewählt, und er schlug Angela Merkel als Generalsekretärin vor. Die beiden arbeiteten gut zusammen, die Partei fasste wieder Fuß, und bei der Europawahl im Juni 1999 erhielt sie 48%. Es gab kleine Querschüsse aus der Ecke von Helmut Kohl, aber die Partei schien auf dem Weg der Gesundheit. Da brach im November 1999 die Spendenaffäre aus, durch ein Interview von Helmut Kohl in dem er zugab, jahrelang größere Spenden entgegengenommen und in den CDU-Berichten nicht deklariert zu haben, ein schwerer Verstoß gegen das Parteiengesetz. Kohl hatte kein schlechtes

Gewissen, er entschuldigte sich nicht, und er machte konkrete Nachforschungen unmöglich, weil er den Spendern sein Ehrenwort gegeben hatte, und er stellte sich damit über das Gesetz. Die CDU machte Versuche, ihre Jahresberichte nachträglich zu korrigieren, aber Kohl verweigerte jede Mitarbeit an der notwendigen Aufklärung. Am 18. Januar 2000 wurde Kohl vom CDU-Parteivorstand gebeten, wegen seiner Rolle in der Finanzaffäre den Ehrenvorsitz der CDU ruhen zu lassen, woraufhin er auf diesen verzichtete. Von da an nahm Kohl keine Rücksicht mehr auf seine Partei. Es kamen viele unappetitliche und unaufklärbare Details heraus. Die Untersuchung führte zu vielen Widersprüchen, gegenseitigen Beschuldigungen und neuen Feindschaften, Am Ende legte das Bundestagspräsidium die Gesamtsumme auf 41,3 Millionen fest und verhängte entsprechende Strafen. Der neue Parteivorsitzende Schäuble wurde zu einem Kollateralschaden der Parteispendenaffäre. Er hatte eine Spende entgegengenommen und an die Bundesschatzmeisterin weitergegeben, er verwickelte sich in Widersprüche und wurde wegen Meineids angeklagt und verurteilt. Daraufhin erklärte er am 16. Februar seinen Rücktritt vom Parteivorsitz. Damit war die Generalsekretärin Merkel die höchste Autorität der Partei, und am 10. April 2000 wurde sie auf einem Parteitag zur neuen CDU-Vorsitzenden gewählt. Von den CDU-Granden war der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff ein Anhänger und Befürworter von Merkel. Der bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber war reserviert und der neue Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz war ihr Gegner und Konkurrent und brachte sich schon im Februar 2001 als Kanzlerkandidat für die nächste Bundestagswahl in Stellung. Merkel vermied die Konfrontation indem sie Edmund Stoiber die Kanzlerkandidatur anbot. Bei der Bundestagswahl 2002 verlor die Regierung Stimmen, konnte aber ihr Mandat verteidigen. 2004 und 2005 brachte der CDU einige Wahlerfolge in den Ländern und ein gewisses Mitregieren über den Bundesrat, etwa bei den Hartz-IV-Reformen. Als Nachfolger von Johannes Rau als Bundespräsident brachte Merkel den weitgehend unbekannt, aber international tätigen und hochangesehenen Bankmann Horst Köhler ins Gespräch und zur Wahl. Angela Merkel hatte also ihre innerparteiliche Position gefestigt, als es im Herbst 2005 zu einer vorgezogenen Bundestagswahl kam, weil Schröder und Fischer in ihren eigenen Reihen keine Mehrheit mehr hatten. Am 30. Mai wurde Merkel von der CDU/CSU als Spitzenkandidatin benannt und wenig später präsentierte sie den Heidelberger Juraprofessor und früheren Verfassungsrichter Paul Kirchhof als zukünftigen Finanzminister. Kirchhof hatte zwei Jahre lang die Forschungsstelle Bundessteuergesetzbuch geleitet und dort das Kirchhof-Modell entwickelt, die gemeinsame Behandlung der verschiedenen Einkommensarten, eine grundsätzliche Vereinfachung, den Verzicht auf alle möglichen Sonderregeln und Privilegien, ein gerechteres System, aber für die durchschnittlichen Wähler nicht einfach zu verstehen, in seinen Auswirkungen zum Teil bedrohlich. Das Kirchhofmodell war kein Wahlprogramm, Kirchhof wollte als Finanzminister die Grundlagen für eine spätere Einführung schaffen. Schröder erkannte die Chance und machte Kirchhof im Wahlkampf zu einem antisozialen Reformier. Am Wahlabend lagen CDU/CSU und SPD dicht beieinander, mit 34,2 gegen 33,2%. Die Lieblingskoalition der CDU mit der FDP hatte keine eigene Mehrheit, ebensowenig die der SPD mit den Grünen. Nach längeren Gesprächen war die einzige Möglichkeit eine große Koalition von CDU und SPD. Von der SPD führte der Parteivorsitzende Franz Müntefering die Verhandlungen, von der CDU die neue Fraktionsvorsitzende Angela Merkel, denn sie hatte Friedrich Merz von der Fraktionsführung verdrängt. In den folgenden Wochen wurde in Gesprächen ein Regierungsprogramm und die personelle Ausgestaltung der Regierung geklärt, am 10. November wurde der Koalitionsvertrag vorgelegt, und am 22. November 2005 wurde Frau Merkel zur ersten Bundeskanzlerin gewählt.

Erstes Kabinett Merkel 2005 – 2009 - Große Koalition

Die neue Regierung war keine Liebesheirat, sondern ein Zusammengehen von zwei Partnern, die auf eine Reihe ihrer Lieblingsprojekte verzichten mussten. Es gab Reformprojekte zur Gesundheitspolitik, zur Rentenpolitik, zur Föderalismusreform, aber wegen der unterschiedlichen Interessen geschah nicht viel. Jedoch kam es 2007 zu einer von den USA ausgehenden Finanzkrise, weil die Regierung den Erwerb von Immobilieneigentum stark gefördert hatte und dafür von den Banken immer höhere und schlechter abgesicherte Kredite vergeben worden waren. Die Bevölkerung war schwer überschuldet, die Immobilienpreise sanken drastisch, die Eigentümer konnten ihre Kredite nicht mehr bedienen, viele kleinere Bankeninstitute gerieten ins Trudeln, und am 15. September brach die große weltweit agierende Lehmann-Brothers-Bank zusammen, mit der auch viele deutsche Banken groß im Geschäft waren. Es drohte ein Zusammenbruch der globalen Geldwirtschaft. Am 8. Oktober 2008 gaben Kanzlerin Merkel und Finanzminister Steinbrück eine Einlagegarantie für deutsche Privatanleger ab, die bewirkte, dass es keinen Sturm auf die Banken gab. Darüber hinaus wurde an Maßnahmen zur besseren Bankensicherung gearbeitet, an der Erhöhung der eigenen Bargeldreserven, an Rettungsschirmen, an einer besseren europäischen Bankenaufsicht. Denn die Finanzkrise hatte inzwischen voll auf den Euro-Raum durchgeschlagen.

Zu den Maßnahmen gehörte auch die Schuldenbremse, die 2011 ins Grundgesetz aufgenommen wurde und die jährliche Verschuldung auf 3,5% beschränkt.

Zweites Kabinett Merkel 2009 – 2013 – Schwarz-gelbe Koalition CDU/CSU und FDP

Bei der Bundestagswahl im September 2009 gewann die CDU/CSU nur 33,8%, aber die SPD mit ihrem Kandidaten Steinmeier, dem bisherigen Außenminister, stürzte auf 23% ab. Dafür bekam die FDP unter ihrem neuen Chef Guido Westerwelle 14,6%, und es kam zu einer Wunschkoalition aus FDP und CDU/CSU. Der Start der neuen Regierung war holprig, es gab viele personelle Wechsel und Abstürze, so etwa den Freiherrn Guttenberg von der CSU als Verteidigungsminister oder Annette Schavan von der CDU als Bildungsministerin, beide wegen ihrer Dissertation. Auch die FDP hatte Schwierigkeiten, Westerwelle als Außenminister und Vizekanzler verlor viel Vertrauen und musste Vizekanzler und Parteivorsitz an Philipp Rösler abgeben. Ein Lieblingsprojekt der neuen Koalition war die Zurücknahme des gestuften Atomausstiegs der Regierung Schröder. Am 28. Oktober 2010 wurden die Laufzeiten aller Atomkraftwerke per Gesetz verlängert. Aber nach der Atomkatastrophe von Fukushima 2011 änderte Bundeskanzlerin Merkel ihre Atompolitik radikal und war jetzt für den möglichst schnellen Atomausstieg.

Ein Schwergewicht der Regierung war Wolfgang Schäuble als Finanzminister. Er musste mit der Wirtschaftskrise, der Finanzkrise und der sich daraus entwickelnden Euro- und Bankenkrise umgehen. Zur Bankenrettung wurden europäische Rettungsschirme entwickelt, die Bankenaufsicht wurde verbessert und intensiviert. Als großes Problem für den Euro stand die mangelnde Haushaltsdisziplin einiger vor allem südlicher Euroländer im Raum, am akutesten Griechenland, dessen Ausschluss aus dem Euro zeitweilig drohte, das aber mit ziemlich brutalen sozialen Einschnitten diszipliniert und saniert wurde. Schäuble war der europäische Buhmann, aber der Euro wurde gerettet und stabilisiert, und Griechenland steht nach der Rosskur heute wirtschaftlich gut da. Von den angedachten Reformen der Koalition, Privatisierung der Renten oder der Krankenversicherung, den Anliegen der FDP, wurde nichts umgesetzt, auch weil die CDU/CSU diesen Kurs nicht mittragen wollte.

Im Mai 2008 war Bundespräsident Köhler für eine zweite Amtszeit wiedergewählt worden, aber am 31. Mai 2010 erklärte er seinen Rücktritt, weil er mit den politischen Entwicklungen in Afghanistan und bei anderen militärischen Einsätzen nicht mehr einverstanden war. Am 30. Mai 2010 wählte die Bundesversammlung auf Vorschlag der CDU den niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff zum Bundespräsidenten, den jüngsten mit seiner deutlich jüngeren Frau Bettina. In einer Rede zum 3. Oktober 2010 sagte er, der Islam gehöre inzwischen auch zu Deutschland. In der folgenden Zeit kam es zu einer Kampagne gegen ihn, weil ihm vorgeworfen wurde, er habe Luxusreisen auf Kosten von reichen Gönnern gemacht und sich billige Kredite erschlichen, auch über seine Frau wurden Gerüchte verbreitet. Es waren wohl mehr Ungeschicklichkeiten, aber der Druck wurde so stark, dass er am 17. Februar 2012 seinen Rücktritt bekannt gab. Nach Sondierungen unter den Parteien wurde Joachim Gauck, ein Bürgerrechtler der früheren DDR, am 18. März 2012 von der Bundesversammlung zum neuen Bundespräsidenten gewählt.

Drittes Kabinett Merkel 2013 – 2017 – Neuauflage der Großen Koalition

Bei der Bundestagswahl am 22. September gewann die CDU unter Angela Merkel 41,5%, die SPD mit Peer Steinbrück 25,7%. Die FDP und die neue AfD scheiterten an der 5%-Hürde. Die einzige Möglichkeit war eine Neuauflage der Großen Koalition. Steinmeier wurde Vizekanzler und Außenminister, Wolfgang Schäuble blieb Finanzminister, Ursula von der Leyen war Verteidigungsministerin und Peter Altmaier Minister im Kanzleramt. In der Zeit wurde Putin immer bedrohlicher, 2014 besetzte er die Krim und begann den Bürgerkrieg um den Dombass in der Ukraine. Merkel versuchte mit den Minsker Abkommen zu vermitteln, und ihr Außenminister Steinmeier hielt am guten Verhältnis zu Russland fest und kämpfte für die zusätzliche Pipe-Line Nordstream 2, die die Bundesrepublik noch mehr von den russischen Energielieferungen abhängig gemacht hätte.

Das herausragende Ereignis war die Migrationskrise 2015. Aus den Bürgerkriegsländern Syrien, Irak und Afghanistan, aber auch aus anderen Ländern flohen Tausende und versuchten, vor allem über die Balkanroute nach Europa zu gelangen. Die Balkanstaaten konnten den Flüchtlingsstrom nicht bewältigen und ließen sie einfach weiterziehen. Auf dem Höhepunkt der Krise entschied Angela Merkel aus humanitären Gründen die Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen: Wir schaffen das! Das Engagement vieler Deutscher war sehr groß, fast eine Million Flüchtlinge wurde aufgenommen, in Notunterkünften versorgt und erfasst. Es gab aber auch Widerstand dagegen,

die Regeln in Europa wurden verschärft, es gab ein Abkommen mit der Türkei, die von dort gekommenen Flüchtlinge wieder aufzunehmen, und für die AfD war der Kampf gegen die Zuwanderer eine richtige Initialzündung. Europa hat das Ziel einer besseren Asylpolitik nicht gelöst, die Grenzkontrollen nehmen wieder zu, nationale Sonderlösungen bedrohen den Plan eines einheitlichen Wirtschafts- und Reisegebiets. Aber die Aufnahme der Flüchtlinge half der Bundesrepublik letztlich auch beim drohenden Arbeitskräftemangel, die Zahl an regulär Beschäftigten war noch nie so groß, auch die Steuereinnahmen. Der Finanzminister Schäuble konnte mehrere Jahre einen Haushalt ohne Schuldenaufnahme vorlegen, mit der Schwarzen Null.

Im Februar 2017 lief die Amtszeit von Bundespräsident Gauck aus. Merkel ließ sich vom Koalitionspartner SPD überzeugen und präsentierte den Außenminister Frank-Walter Steinmeier als Kandidaten der Regierung. Er wurde am 7. Februar 2017 gewählt. Sein Nachfolger als Vizekanzler und Außenminister wurde Siegmund Gabriel.

Das vierte Kabinett Merkel 2018 – 2021 – Weiterführung der Großen Koalition

Die Bundestagswahl am 24. September 2017 ergab für die CDU und Merkel 32,9%, für die SPD mit dem Europa-Abgeordneten Martin Schulz 20,5%, für die FDP unter Christian Lindner 10,7% und den Wiedereinzug und für die AfD 12,6%. In der SPD war keine Neigung zur Weiterführung der



Großen Koalition, es gab Sondierungen zwischen der CDU, der FDP und den Grünen, die aber von Lindner abgebrochen wurden. Nach langen Gesprächen wurde schließlich am 7. Februar 2018 ein Koalitionsvertrag präsentiert. Am 26. Februar stimmte ein CDU-Parteitag zu, am 4. März wurde ein Mitgliedervotum der SPD präsentiert mit 66% Zustimmung. So konnte Angela Merkel am 14. März 2018 zur Bundeskanzlerin gewählt werden und ihr neues Kabinett präsentieren. Wolfgang Schäuble war inzwischen Bundestagspräsident, Olaf Scholz, der Hamburger Bürgermeister, wurde Vizekanzler und Finanzminister, Heiko Maas von der SPD Außenminister, von der Leyen blieb Verteidigungsministerin, schied aber schon 2019 aus, weil sie Europäische Kommissionspräsidentin wurde. Peter Altmaier war Minister für Wirtschaft und Energie. 2018 trat Merkel als Parteivorsitzende zurück und kündigte an, auch als Bundeskanzlerin mit dem Ende der Legislaturperiode aufzuhören. Nachfolgerin im Parteivorsitz wurde Annegret Kramp-Karrenbauer, die nach dem Weggang von Frau von der Leyen das Verteidigungsministerium übernahm.

Die politische Großwetterlage wurde immer bedrohlicher. Die ukrainische Bevölkerung wollte sich stärker nach Westen orientieren, in die NATO und nach Europa. Russland reagierte darauf mit der Annexion der Krim, dem Bürgerkrieg im Dombass und mit wüsten Verdächtigungen wegen Faschismus und auch mit verstärkter Rüstung. Angela Merkel war mehrmals in Russland, bemühte sich mit den beiden Minsker Abkommen um Beruhigung und Entspannung. Putin stimmte den Abkommen zu, blockierte aber die Umsetzung. Ein weiteres Problem war Afghanistan. Die Taliban hatten inzwischen weitgehend die Macht übernommen, auch nach Geheimgesprächen mit den USA. Die Amerikaner legten ohne Konsultationen den Abzug (oder Abflug) sehr überstürzt fest, die Deutschen mussten innerhalb von Tagen alles im Stich lassen; vor allem ihre Ortskräfte, es kam zu entsetzlichen Szenen auf dem Flughafen von Kabul, der „Westen“ war vor der Welt blamiert. Dazu kam der Anfang der Corona-Pandemie im März 2020, der die Regierung zu drastischen Maßnahmen zwang und das öffentliche Leben einschneidend veränderte.

Angela Merkel hatte vor der Bundestagswahl 2021 das Ende ihrer politischen Karriere angekündigt. Sie zog sich ganz zurück, gleichzeitig wurde in der CDU vor allem von ihrem alten Gegner Friedrich Merz heftig gegen ihr Erbe gearbeitet. Mit dem Krieg in der Ukraine brachen viele Konstanten und Gewissheiten ihrer Politik zusammen.

Olaf Scholz (geb. 1958)
Bundesminister für Arbeit und Soziales 2007 – 2009
Erster Bürgermeister von Hamburg 2011
Vizekanzler und Finanzminister 2018 - 2021
Bundeskanzler seit 2021

Lebenslauf

Olaf Scholz wurde am 14. Juni 1958 in Osnabrück geboren. Seine Eltern waren im Textilverarbeitenden Gewerbe. Die Familie zog dann nach Hamburg um. Dort besuchte er die Schule und machte 1977 Abitur. 1978 bis 1984 studierte er in Hamburg in einem einstufigen Ausbildungsgang Rechtswissenschaften und machte im Anschluss seinen 16 Monate dauernden Zivildienst in einem Pflegeheim. Danach begann er als Rechtsanwalt in einer Anwaltskanzlei. Sein Spezialgebiet war das Arbeitsrecht.

Seit 1975 war Olaf Scholz ein engagierter Jungsozialist. 1982 bis 1988 war er Bundesvorsitzender der Jusos. Er pflegte in dieser Zeit Beziehungen zur DDR und zur FDJ, unter anderem mit zwei halboffiziellen Reisen 1984 und 1987. Seit 2000 war er Vorsitzender der Hamburger SPD und damit auch Mitglied des Parteivorstandes. 2002 bis 2004 war er Generalsekretär der SPD, 2009 Stellvertretender Parteivorsitzender, 2011 bis 2018 nach einem deutlichen Wahlsieg Erster Bürgermeister des Stadtstaates Hamburg. Als 2018 die Weiterführung der großen Koalition verhandelt und beschlossen wurde, wurde er Vizekanzler und Finanzminister, eines der Schwergewichte der Regierung. In seine Amtszeit fiel der Bankrott des Finanzdienstleiters Wirecard und der folgende Skandal.

Bundestagswahl 2021

Für die Bundestagswahl 2021 musste die CDU/CSU eine neue Führungsspitze finden. Angela Merkel hielt sich deutlich zurück. Die öffentliche Diskussion lief schließlich auf eine Entscheidung zwischen dem bayrischen Ministerpräsidenten Markus Söder und dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet hinaus. Der langandauernde Entscheidungsprozess beschädigte beide Kandidaten. Die CDU setzte sich schließlich mit Armin Laschet als Kanzlerkandidat der Union durch, aber die Diskussion wurde weiter mit Gehässigkeit geführt und schadete dem Kandidaten Laschet. Die andauernde Gefährdung durch die Corona-Pandemie und die von der Bundesregierung verordneten brutalen Einschränkungsmaßnahmen wie Schulschließungen, Handelsbeschränkungen oder nächtliche Ausgangssperren trugen mit dazu bei, dass die Umfragergebnisse der CDU in den Keller fielen und eine Regierung ohne CDU-Beteiligung wünschenswert erschien.

Scholz war im letzten Jahr der am wenigsten umstrittene Minister der Bundesregierung. Er hatte als Finanzminister mehrere Programme zur Unterstützung der Corona-Geschädigten gestartet, die Wirtschaft erholte sich langsam. Die Gegner der Corona-Maßnahmen, die Corona-Leugner, riefen sich vor allem an den zuständigen Ministern, dem Gesundheitsminister Spahn von der CDU oder dem Innenminister Seehofer von der CSU. Von den Parteivorsitzenden war Scholz schon im August 2000 als Kanzlerkandidat vorgeschlagen und im Mai bei einem online-Parteitag mit 96,2% bestätigt worden. In der SPD gab es keinen Konkurrenten, in der CDU Dauerstreit, und so wuchs das Ansehen von Scholz und damit der SPD im Sommer 2021 erheblich. Bei der Bundestagswahl am 26. September fiel die CDU/CSU mit Armin Laschet auf 24,2% zurück, die SPD unter Olaf Scholz wurde mit 25,7% stärkste Partei, die Grünen kamen auf 14,7%, die FDP auf 11,4%. Eine umgekehrte Große Koalition war für die CDU nicht denkbar und in der ganzen Stimmung nicht erwünscht. So kam es zu Verhandlungen über eine Ampelkoalition (rot – gelb – grün), man einigte sich auf einen Koalitionsvertrag (7. Dezember 2021) und auf die Verteilung der Ministerien, und am 8. Dezember wurde Olaf Scholz zum Bundeskanzler gewählt und das ganze Kabinett vereidigt.

Regierung Scholz – die Ampelkoalition (seit 2021)

Bei der Regierungsbildung mussten die Schwergewichte der verschiedenen Partner berücksichtigt werden. Darüber hinaus sollte die Ministerriege paritätisch mit Frauen und Männern besetzt

werden. Der FDP-Vorsitzende Lindner hatte für seine Bereitschaft zum Mitmachen das Finanzministerium gefordert, denn nach der Geschäftsordnung der Bundesregierung hat der Finanzminister ein weitgehendes Kontrollrecht und ein faktisches Veto. Für seinen engen Mitstreiter Wissing forderte er das Verkehrsministerium und die Zuständigkeit für die Digitalisierung, für den wichtigen Parteisoldaten Marco Buschmann das Justizministerium. Die Einhaltung der Parität fiel damit weitgehend den anderen Partnern zu. Robert Habeck von den Grünen wäre auch gern Finanzminister geworden, er wurde mit Wirtschaft und Klimaschutz abgefunden. Die grüne Spitzenkandidat Annalena Baerbock wurde Außenministerin. Die eigene Partei SPD hat Scholz eher kurzgehalten. Innenministerin wurde die hessische Landesvorsitzende Nancy Faeser, die Verteidigungsministerin Christine Lambrecht erwies sich als Fehlbesetzung und wurde 2023 durch den Niedersachsen Boris Pistorius ersetzt. Hubertus Heil war schon seit 2018 Minister für Arbeit und Soziales und behielt sein Ressort. Karl Lauterbach, als Gesundheitspolitiker unter Corona sehr präsent, wurde Gesundheitsminister, aber er ist eigentlich eher Wissenschaftler als Politiker.

Der Koalitionsvertrag stand unter dem Titel *Mehr Fortschritt wagen:*

SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP übernehmen Verantwortung, um die notwendige Modernisierung unseres Landes voranzutreiben und Fortschritt zu gestalten. Wir legen die Grundlagen dafür, Wohlstand und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft auch in Zukunft zu sichern.

Dafür gehen wir die großen gesellschaftlichen Herausforderungen der 2020er Jahre an: Wir bekämpfen die Klimakrise und sorgen dafür, dass Deutschland auch in Zukunft ein innovativer und weltweit führender Industriestandort ist. Wir schaffen den Sprung in die digitale Welt des 21. Jahrhunderts und machen das Leben der Bürgerinnen und Bürger einfacher. In den Umbrüchen liegen große Chancen für unser Land, die wir durch kluge politische Führung ergreifen wollen. Wir machen Politik, die das Leben der Menschen ganz konkret besser macht und Sicherheit im Wandel bietet. Zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind bezahlbare Wohnungen, gute Löhne, eine Kindergrundsicherung, die Kinder aus der Armut holt und stabile Renten. Damit sind sie eine wichtige Grundlage dafür, dass wir als Gesellschaft heute wie in Zukunft gut zusammenleben. Solidarität ist die Voraussetzung dafür, dass wir auch in Krisenzeiten zusammenstehen. Darauf kommt es in den nächsten Monaten ganz besonders in unserem Land an. Die Bewältigung der Corona-Pandemie ist die eine zentrale Aufgabe der neuen Koalition.



Das Ampelprojekt war also ein ehrgeiziges Reformprojekt für die Modernisierung der Bundesrepublik und für die Herausforderungen der Zukunft, vor allem die Klimakatastrophe, auch wenn die Vorstellungen der drei Partner zur Verwirklichung unterschiedlich waren, vor allem zwischen den Grünen und der FDP. Doch der Angriff von Russland auf die Ukraine im Februar 2022 veränderte die politische Gesamtlage für Deutschland und Europa mit einem Schlag. Putin rechnete mit einem Sieg innerhalb von drei Tagen, aber die Ukraine wehrte sich hartnäckig, Kiew konnte nicht erobert werden, und ein längerdauernder Krieg kündigte sich an, ein Kampf zwischen Goliath und David, aber David brauchte Hilfe.

Zeitenwende

Bundeskanzler Scholz kündigte im Bundestag eine Zeitenwende an, Hilfe für die Ukraine, auch Waffenhilfe, die Neuausrichtung der Bundeswehr, ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Modernisierung der Bundeswehr. Europa beschloss eine Reihe von Sanktionen gegen Russland, Russland stellte die Erdgaslieferung an Deutschland ein, aber es gelang Deutschland, in kürzester Zeit den Bezug von teurerem Gas sicherzustellen. Die Erdgasleitung Nordstream 2 wurde nicht in Betrieb genommen, Nordstream 1 wurde bei einem Anschlag in der Ostsee gesprengt. Die so wichtigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und der Bundesrepublik waren mit einem Schlag zerbrochen. Zu der Klimakrise, die durch den hohen Verbrauch an Öl und Gas verschärft wurde, den die Welt dringend einschränken wollte oder sollte, kam die aktuelle Energiekrise, die durch die milden Winter etwas abgemildert wurde.

Die NATO, noch kurz zuvor vom französischen Präsidenten Macron als hirntot eingestuft, wurde vor allen in ihren östlichen Mitgliedstaaten äußerst aktiv, und die Europäische Union erklärte sich solidarisch mit der angegriffenen Ukraine, mit Hilfslieferung und auch sehr bald mit Waffen. In Deutschland hatten zwei Koalitionspartner, die Grünen wie die SPD, Schwierigkeiten mit Waffenlieferung überhaupt und in Krisengebiete. Es brauchte einige Zeit und einen Wechsel im Verteidigungsministerium, bis Deutschland offiziell und auch schwerere Waffen (wie den Leopard) an die Ukraine lieferte. Heute gehören Deutschland und die EU zu den größten Unterstützern der Ukraine, auch mit Haushaltsmitteln, denn die Wirtschaft und damit auch die Steuereinnahmen der Ukraine sind schwer geschädigt. Im ersten Kriegsjahr gab es auch eine sehr starke Flüchtlingsbewegung aus der Ukraine. Etwa 1 Million Ukrainer suchten Schutz in Deutschland. Sie wurden nach einem vereinfachten Asylverfahren anerkannt und aufgenommen.

Die Bundeswehr wird nach den Worten des Verteidigungsministers Pistorius „kriegstüchtig“ gemacht, in jeder Richtung aufgerüstet, die Aufwendungen dafür erreichen bereits jetzt das NATO-Ziel von 2% des Bruttonationalprodukts, und die NATO arbeitet an ihrer europäischen Ertüchtigung, weil der Kandidat Trump bereits zu verstehen gegeben hat, dass er an der Ukraine nicht interessiert ist und jede Ukrainehilfe stoppen will.

Damit ist die Debatte über den Klimaschutz in den Hintergrund getreten. Die FDP hält sich sehr zurück, der grüne Minister Habeck für Wirtschaft und Klima möchte trotz der militärischen Konflikte weitergehen und regt immer wieder Projekte zur Energiewende vor, läuft damit aber oft ins Leere. Der sehr öffentliche Streit in der Ampel über kleinere und größere Projekte verdeckt, dass die Ampel-Regierung die Bundesrepublik in dieser Kriegs- und Krisensituation und noch mit den Nachwirkungen von Corona recht gut durch die ersten zwei Kriegsjahre gebracht hat. Das Ansehen des Kanzlers und der Ampel ist nach zwei Jahren auf einem Tiefpunkt, aber die nächste Bundestagswahl ist erst im September 2025, falls die Regierung nicht vorher an ihren inneren Widersprüchen zerbricht. Zur Wirklichkeit der Ampelregierung gehört auch, dass die Bevölkerung nach den gewaltigen Einschränkungen der Coronajahre und den ausufernden öffentlichen Diskussionen der Reformvorhaben zum Klimaschutz genug davon hat, von oben ständig gegängelt zu werden, und dass die Grünen von dieser Stimmung besonders betroffen sind.